



Arbeitsgemeinschaft
sozialdemokratischer
Juristen

Landeskonzferenz der BayernASJ am 23. September 2006 in München

Thesen der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) Bayern zum neuen Grundsatzprogramm der SPD

Nachfolgende Thesen hat die BayernASJ aus dem entsprechenden Papier der ASJ-Bundeskonferenz vom 20. Mai 2006 entwickelt und bittet um deren besondere Beachtung bei der Ausformulierung des neuen Grundsatzprogrammes der SPD:

1. Daseinsvorsorge und Staatsaufgaben

In Zeiten, die den Wandel der traditionellen Industriegesellschaft in eine Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft erleben, in denen die Europäisierung und Globalisierung der Wirtschaft rasant fortschreitet, ist es Aufgabe gerade der Sozialdemokratie dafür Sorge zu tragen, dass der Staat ein grundlegendes, ausreichendes Maß an Daseins- und Zukunftsvorsorge für jedermann sicherstellt. Der Mode der Privatisierung von Staatsaufgaben und dem um sich greifenden ungezügelt Liberalisierungsdenken im europäischen Binnenmarkt müssen wir ein modernes solidarisches Sozialstaatsmodell entgegensetzen, in dem das einzelne menschliche Individuum und sein Wohlergehen, nicht Wettbewerb und Effizienzgesichtspunkte das Maß aller Dinge sind.

Daseinsvorsorge bedeutet für uns zuallererst die Gewährleistung eines gleichberechtigten Zugangs aller Bürgerinnen und Bürger zu grundlegenden Dienstleistungen und die Garantie grundlegender Versorgungsstandards durch die staatliche Gemeinschaft. Sensible Bereiche, wie z.B. die Wasserversorgung, müssen in öffentlicher Hand verbleiben. Der Staat hat im Rahmen der Daseinsvorsorge eine Regulierungs-, Einwirkungs- und Kontrollverantwortung, zu deren Ausübung er auch über die erforderlichen Mittel verfügen muss.

Das deutsche System der Daseinsvorsorge wird von uns als einer der Grundbausteine zu einem europäischen Sozialmodell verstanden und darf nicht als Wettbewerbshindernis im europäischen Binnenmarkt verworfen werden.

2. Föderalismus

Deutschland ist ein Bundesstaat. Bund und Länder müssen ihre klar zugeordnete Verantwortung tragen. Die kommunale Selbstverwaltung darf nicht nur Programmsatz und hehres Ziel in der Verfassung sein, vielmehr ist die Leistungsfähigkeit der Kommunen dauerhaft zu sichern. Hierfür ist insbesondere auch eine ausreichende finanzielle Ausstattung notwendig, die es den Kommunen nicht nur ermöglicht, ihre Pflichtaufgaben wahrzunehmen, sondern ihnen auch Spielräume zur eigenverantwortlichen Gestaltung lässt. Die Vielfältigkeit unserer Regionen wollen wir wahren und deren kulturelle Tradition schützen.

Wir bekennen uns zum Prinzip der Subsidiarität. Staatliche Aufgaben sollen auf der untersten staatlichen Ebene, die dazu effektiv in der Lage ist, erfüllt werden. Gleichzeitig treten wir für eine bürgernahe, transparente und leistungsfähige Verwaltung ein. Wir begrüßen den Abbau unnötiger bürokratischer Hemmnisse. Dies darf aber nicht zu einer Schwächung des Staates als Garanten des Gemeinwohles führen.

3. Datenschutz und Informationsgesellschaft

Neue Möglichkeiten der Information und Kommunikation bringen ungeahnte Chancen, aber auch Risiken. Der Wandel zur Informationsgesellschaft und die Bedrohung durch organisierte Kriminalität und Terrorismus hat die Bereitschaft zur Preisgabe von Daten in ungeahnten Mengen sowohl im staatlichen als auch im privatwirtschaftlichen Bereich erhöht. Staatliche Eingriffe in die Freiheit der informationellen Selbstbestimmung dürfen nur dort erfolgen, wo sie durch konkrete Gefahren zwingend geboten sind. Sie müssen einhergehen mit dem höchstmöglichen Maß an Transparenz und Kontrolle.

Öffentliche und wirtschaftliche Interessen sind abzuwägen gegen das Interesse Einzelner am Schutz der eigenen personenbezogenen Daten. Im Bereich der Privatwirtschaft muss der Staat Rahmenbedingungen für das Erheben und Verwenden von Daten sicherstellen.

Wir Sozialdemokraten setzen uns für Fortschritt und Vielfalt der Kommunikationstechniken ebenso wie für den Schutz der Privatsphäre ein.



4. Kriminalpolitik und Prävention

Konsequente, zielgerichtete Innen- und Kriminalpolitik und liberale, rechtsstaatliche Positionen schließen einander nicht aus. Sozialdemokratische Kriminalpolitik verteidigt offensiv den Grundsatz der Freiheit und tritt entschlossen einem Ausufernden des staatlichen Überwachungsapparats entgegen. Die Verlagerung der staatlichen, aber auch der privaten Kontrolle weit ins Vorfeld etwaiger konkreter Gefährdungen stellt eine nicht zu unterschätzende Bedrohung unseres Rechtsstaates dar.

Wir nehmen die Sicherheitsbedürfnisse der Menschen sehr ernst. Dieses Sicherheitsgefühl wird maßgeblich beeinflusst durch ihre alltäglichen Erfahrungen und durch die Lebensverhältnisse in ihrem Wohnumfeld. Prävention im positiven Sinne ist Kriminalpolitik, die die Begehung von Straftaten weniger wahrscheinlich macht. Hierzu gehören technische und organisatorische Maßnahmen, vor allem aber auch soziale Aktivitäten, Konfliktvermeidungsstrategien, Eröffnung von Teilhabechancen am gesellschaftlichen Leben für Jugendliche und die Verhinderung von Ausgrenzungen. Die beste Kriminalpolitik ist und bleibt eine gute Sozialpolitik.

Wir Sozialdemokraten treten ein für einen starken Staat, der seine Bürgerinnen und Bürgern nicht unter Generalverdacht stellt und lückenlos überwachen will, sondern wir wollen einen starken Staat, der Vertrauen schafft.

Die Bedrohung durch internationalen Terrorismus darf uns nicht dazu verleiten, unsere Freiheit einer trügerischen Sicherheit zu opfern. Terroristische Aktivitäten resultieren nicht nur aus religiösem Eifer, sondern ihr Nährboden ist auch die extrem ungerechte Verteilung von Wohlstand auf unserer Erde. Wir Sozialdemokraten treten für eine starke Solidarität zwischen den Völkern und eine gerechtere Weltordnung ein. Was wir heute in diesem Sinne wirksam erreichen, hilft, Terrorismus und andere Formen gewaltsamer Konflikte für die Zukunft zu vermeiden.

5. Strafrecht und Strafvollzug

Unser Rechtsstaat hat sein Fundament im Grundgesetz und im Wertesystem, das im Grundrechtskatalog niedergelegt ist. Strafrecht und Strafvollzug dienen der Durchsetzung unserer rechtsstaatlichen Ordnung. Ihr Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger zu schützen und die Gemeinschaft und ihre Werte zu wahren, Straffällige aber auch wieder in die Mitte der Gesellschaft zurückzuführen.

Opfern von Straftaten muss die besondere Fürsorge der Gesellschaft gelten. Entscheidend dafür ist, dass die Täter gefasst werden, dass eine staatliche Reaktion in angemessener Zeit erfolgt, dass die Opferinteressen im Strafverfahren berücksichtigt werden und dass sie nicht zu einem Objekt staatlichen Handelns degradiert werden.

Die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols durch Strafen muss ausgewogen und verhältnismäßig erfolgen. Mit Freiheitsentzug sollten nur schwere Rechtsverletzungen geahndet werden. Alternative Strafformen sind zweckgerecht einzusetzen.

Dort wo Strafvollzug unvermeidlich ist, hat er nach klaren spezialpräventiven Grundsätzen zu erfolgen und auf ein Leben ohne Straftaten hinzuwirken. Resozialisierungsvollzug bedeutet nicht zuletzt Opferschutz! Bloßes Wegsperrn und Verwahren ist kurzfristig und gefährlich, die vermeintliche Sicherheit für die Zeit der Haft ist eine trügerische.

6. Justizreform und Zugang zu Rechtsschutz

Wir bekennen uns zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Dessen wichtigstes Merkmal ist eine leistungsfähige und moderne Justiz. Die Modernisierung unseres Gerichtssystems darf sich nicht an fiskalischen Gesichtspunkten orientieren. Reformen der Justiz müssen sich allein an den Interessen der Rechtssuchenden ausrichten. Eine weitere Verkürzung von Rechtsschutzmöglichkeiten lehnen wir ab.



Arbeitsgemeinschaft
sozialdemokratischer
Juristen

Landeskonzferenz der *BayernASJ* am 23. September 2006 in München

Die Justiz muss in den Zustand versetzt und erhalten werden, als Dienstleisterin an der Gesellschaft Rechtsfrieden herzustellen und zu sichern. Dazu bedarf es einer hohen fachlichen Qualität richterlicher Entscheidungen sowie kurzer Verfahrensdauern.

Justiz ist so zu organisieren, dass sie die gesellschaftlichen Realitäten widerspiegelt. Um effektiven und individuellen Rechtsschutz zu sichern, sind die gerichtlichen Streitschlichtungsmöglichkeiten durch Schlichtungsangebote wie Mediation zu ergänzen und zu fördern.

7. Internationale Beziehungen – den Frieden gewinnen Frieden als Aufgabe

Krieg ist kein Mittel der Politik. Krieg ist auch kein Mittel zur Bekämpfung von Kriminalität. Frieden bedeutet nicht nur das Schweigen der Waffen. Dauerhafter Frieden kann nur durch Zusammenleben der Völker ohne Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung erreicht werden. Friedenspolitik umfasst auch die solidarische Zusammenarbeit der Völker in allen Bereichen der Ökonomie, Ökologie, Kultur und Menschenrechte. Frieden bedeutet immer auch die Gewährleistung sozialen Friedens.

Grundlagen einer sozialdemokratischen Außen-, ja einer Außenrechtspolitik sind die Beachtung des Völkerrechts, das Eintreten für Menschenrechte, Dialogbereitschaft, Krisenprävention, und Gewaltverzicht. Bei regionalen Konflikten muss die frühzeitige Prävention mit friedlichen Mitteln in Übereinstimmung mit UN-Charta, dem Völkerrecht und dem Grundgesetz den absoluten Vorrang haben. Der bewaffnete Einsatz muss der extreme Ausnahmefall sein und bleiben.

Der Einsatz der Bundeswehr darf nur als allerletztes Mittel mit Zustimmung des Bundestages und im Rahmen des grundgesetzlichen und völkerrechtlichen Rahmens erfolgen. Wir garantieren das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung.

Grundlinie einer sozialdemokratischen Außenpolitik ist freundschaftliche, aber auch kritische Zusammenarbeit mit allen Staaten. Umweltschutz, Schutz der Meere, Bekämpfung von Menschenhandel und Drogenhandel sind wichtige Anliegen einer am Gemeinwohl orientierten Außenpolitik.

Wir achten die Menschenrechte der internationalen Konventionen der UNO und des Europarats.

Wir setzen uns dafür ein, die Globalisierung der Weltwirtschaft aktiv unter der Führung der Politik zu gestalten. In der einen Welt streben wir einen Ausgleich zwischen Nord und Süd durch effektive Entwicklungspolitik an. Solidarität ist nur global denkbar.

Im internationalen Kampf gegen den Terrorismus stehen wir an der Seite derer, die global agierende Terror-Netzwerke stoppen wollen. Wir verurteilen den zynischen Missbrauch der Religion, um terroristische Ziele zu rechtfertigen.

In den internationalen Beziehungen setzen wir uns für eine Herrschaft des Rechts ein. Dabei sehen wir die Notwendigkeit, eine für alle Menschen und Staaten verbindliche internationale Rechtsordnung zu schaffen. Völkerrecht entwickelt sich nicht nur durch den Abschluss von Verträgen und Konventionen, sondern weit stärker durch faktisches Handeln der Staaten und Staatenbünde. Als rechtmäßig erkannte, faktische Fortentwicklungen des Völkerrechts wollen wir kodifizieren, um Rechtssicherheit zu gewinnen und als unrechtmäßig erkannte Handlungen von Staaten verbindlich bezeichnen zu können.

8. Wir unterstützen die internationale Gerichtsbarkeit.

Wir treten konsequent Entwicklungen entgegen, die Menschen rechtlos stellen, auch dann, wenn sie in kriegerischen Auseinandersetzungen, bei der Bekämpfung von Terrorismus oder auf andere Weise in die Gewalt von Staaten oder Institutionen geraten sind. Die Völkergemeinschaft muss Garantin für Menschenrechte sein und bleiben. Niemand hat das Recht, staatliche Gewalt in einer Weise zu gebrauchen, durch die Menschenrechte verletzt werden.

Wir fördern die Entwicklung einer internationalen Zivilgesellschaft und pflegen den Dialog mit Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen.



Weltweite Demokratie, die aus den jeweiligen Kulturen erwächst, ist Ziel der Sozialdemokratie. Deutschland ist bereit und in der Lage, sich mit den anderen Nationen stärker international – institutionell auch im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen – zu engagieren.

9. Europa

Wir sehen die Europäische Union als Organisation zur Wahrung des Friedens, der Demokratie, der Solidarität und des Wohlstandes für alle. Wir wollen die Europäische Union erweitern und vertiefen. Wir sind offen für den Beitritt der europäischen Staaten, die unser Demokratieverständnis teilen und praktizieren. Dabei wollen wir neben der geographischen Erweiterung auch die institutionelle Vertiefung. Deutsche Außenpolitik findet auch im europäischen Rahmen statt.

Wir wollen demokratisch verfasste, durch das Prinzip der Gewaltenteilung organisierte Organe der Europäischen Union, deren Handeln sich durch das Prinzip der Subsidiarität leiten lässt und die die regionalen Eigenheiten und Identitäten wahren und fördern.

Wir treten für eine europaweite Harmonisierung von Steuern und Abgaben ein. Der freie Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sowie der wirtschaftliche Wettbewerb müssen dort ihre Grenzen finden, wo wesentliche allgemeine, öffentliche Interessen etwa im Umwelt, Bildungs- oder Gesundheitsbereich nachhaltig beeinträchtigt werden. Wir setzen uns ein für eine bessere Koordination der Wirtschafts-, Beschäftigungs- Sozial-, Finanz- und Geldpolitik.

Weiterleitung an

- Landesvorstand der BayernSPD
- SPD-Bundesvorstand
- ASJ-Bundesvorstand

This document was created with Win2PDF available at <http://www.daneprairie.com>.
The unregistered version of Win2PDF is for evaluation or non-commercial use only.